

WIR FORDERN EINE BÜRGERVERSAMMLUNG!

Wir, das sind viele hundert Hamelner Bürger, haben mit einer Unterschriftensammlung von der Stadt Hameln die Durchführung einer Bürgerversammlung gefordert.

Um was geht es?

Im Frühjahr dieses Jahres sind in der Öffentlichkeit Bedenken gegen die Sicherheit des Atomkraftwerkes Grohnde bekannt geworden, und zwar insbesondere gegen die Verwendung von untauglichem Stahl bei der Reaktorsicherheitshülle, einem hochfesten Feinkornbaustahl, der sehr spröde und äußerst schweißempfindlich ist, was wiederholt zu schweren Schäden in bestehenden Atomkraftwerken geführt hat (Würgassen, Phillipsburg I, Brunsbüttel und Ohu; vergleiche auch Artikel Dewezet vom 17.2.81).
Zu diesem Stahl stellte der Technische Überwachungsverein 1977 folgendes fest:

"Z.B. werden diese Stähle für Reaktorsicherheitsbehälter nicht mehr verwendet, da sie den von der Reaktor-Sicherheits-Kommission (RSK) gestellten Zähigkeitsanforderungen nicht genügen... Die hohe Verarbeitungsempfindlichkeit dieser Stähle, die immer wieder durch schwerwiegende Mängel offenkundig geworden ist, hat zu dieser Entwicklung geführt."

"Für die Reaktorsicherheit wird es hierbei als unerheblich angesehen, ob die Mängel ausschließlich durch unsachgemäße Weiterverarbeitung verursacht wurden."

*zitiert nach
Hamelner Hammer
Nr. 2*

Diesen Vorwürfen wird nun damit begegnet, daß der Stahl beim AKW-Grohnde "in einer Sondergüte geschmolzen" und durch besondere Verarbeitung den Anforderungen genügen würde. Das fand der TÜV-Hannover heraus, nachdem er vom Sozialminister mit der Erstellung eines "unabhängigen" Gutachtens beauftragt wurde. Aber gerade gegen den TÜV-Hannover wurden wegen der Verletzung seiner Aufsichtspflicht schwere Vorwürfe erhoben. Kann man erwarten, daß sich der TÜV-Hannover selbst schwere Versäumnisse bescheinigt? Wollen uns die Politiker für dumm verkaufen?

bitte wenden!

Milliarden-Reparatur an vier KKW's Stahlrohrlösungen am nuklearen Teil müssen ersetzt werden / „Alles auf den Strompreis“

ap BONN Wegen Material- und Verarbeitungsproblemen im nuklearen Teil müssen auf Anordnung der Bonner Reaktorsicherheitskommission (RSK) insgesamt vier Kernkraftwerke in der Bundesrepublik für jeweils mehr als ein Jahr abgeschaltet werden.

Die Kosten für die Reparaturen werden nach ap-Informationen zusammen rund 1,2 Milliarden Mark betragen. Hinzu kommt eine zumindest gleich hohe Summe für den Stromausfall, der von leistung produzierenden Kohle-, Gas- oder Ölkraftwerken ausgeglichen werden muß. Betroffen sind die mit sogenannten Siedewasserreaktoren ausgestatteten Kernkraftwerke Würgassen, Phillipsburg I, Brunsbüttel und Ohu. In allen vier Anlagen müssen sämtliche Rohrlösungen und Ventile des nuklearen Teils gegen

aus anderem Stahl bestehende Teile ausgetauscht werden. Der beim Bau der Anlagen weder vom TÜV noch von der Reaktorsicherheitskommission beanstandete Feinkornbaustahl gilt nach neueren Erkenntnissen und den bislang gesammelten Erfahrungen als äußerst schwer zu schweißen und nicht so zäh, daß er die mit 40 Jahren angenommene Lebensdauer der Kraftwerke ohne Bildung von Rissen überstehen würde. Phillipsburg I, erst Anfang März 1979 in Betrieb gegangen, liegt bereits seit 1. Juni vergangenen Jahres still. Die Betreiber hoffen, daß er seine Stromproduktion im August 1981 wiederaufnehmen kann und sprechen von einer „im großen und ganzen harmlosen Angelegenheit“. Phillipsburg war die erste Anlage, der die sonst eher zurückhaltend formulierende

RSK „bei der Fertigung aufgetretene Mängel“ ins Stammbuch schrieb. Gemeint waren Maßungengenauigkeiten bei der Herstellung von Rohrteilen und mangelhafte Schweißnähte.

Ohu soll in diesem Frühjahr stillgelegt werden. Die Anlagen Würgassen und Brunsbüttel 1982. Ein Sprecher des Würgassen-Betreibers Preußenelektra bezeichnete das für die Rohrleitungen verwendete Material zwar als „heute noch einwandfrei“, räumte aber ein, daß der neue Stahl versprödungsicherer und damit weniger anfällig für Risse sei. Die „Nebenkosten“ der Reparatur aufgrund des Kostenunterschiedes zwischen Kernenergie- und Erdgasstrom von sechs Pfennig beziffert er auf 240 Millionen Mark und meint lakonisch: „Das kommt alles auf den Strompreis drauf.“

Soll die Sicherheit der Bürger den wirtschaftlichen Interessen der AKW, Preussenelektra und der Interargem geopfert werden?

Um dies zu prüfen, haben wir von der Stadt Hameln die Durchführung einer Bürgerversammlung gefordert, zu der Vertreter des TÜV-Hannover, des Sozialministeriums als Genehmigungsbehörde, der Bauherren in Grohnde und der Gruppe Ökologie in Hannover als Kritiker eingeladen werden sollen.

Auf der Verwaltungsausschußsitzung am 18.3.81 hat nun die Stadtverwaltung im Schnellverfahren die Durchführung der Bürgerversammlung abgelehnt:

"Im Anschluß an seine Beschlußfassung über die Erhebung der Verfassungsbeschwerde hat der Verwaltungsausschuß Ihren Wunsch nach einer vom Rat der Stadt Hameln einzuberufenden Bürgerversammlung erörtert. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Stadt mit der Verfassungsbeschwerde wirksamer tätig werden kann als durch eine Bürgerversammlung über Sicherheitsfragen." (Aus dem Ablehnungsschreiben der Stadt).

Was will die Stadt Hameln vertuschen?

Tatsache aber ist, daß die Verfassungsbeschwerde der Stadt Hameln nichts mit den hier angesprochenen Sicherheitsfragen zu tun hat. Die Stadt Hameln klagt u.a. wegen der zu erwartenden radioaktiven Verseuchung ihres Trinkwassergewinnungsgebietes in Hastenbeck. Die Verfassungsbeschwerde ist im übrigen nur deshalb notwendig geworden, (und wenig aussichtsreich) weil die Stadt Hameln Einwendungsfristen versäumt hat.

Die Ablehnung der geforderten Bürgerversammlung können wir nur so deuten, daß die ausgesprochenen Bedenken wegen der Sicherheit des AKW-Grohnde nicht öffentlich überprüft werden sollen. Das deckt sich mit dem Verhalten der Parteien im Kreistag, wo ein Antrag der WGA auf Vorlage einer schriftlichen Wirtschaftlichkeitsberechnung für das AKW-Grohnde abgelehnt wurde.

Warum, wenn AKW's angeblich so wirtschaftlich sind?

Warum verweigert die Stadt die Durchführung einer Bürgerversammlung zur Sicherheit beim AKW-Grohnde, wo sie doch sonst bei jeder Gelegenheit eine Bürgerversammlung durchführt?

Warum nicht hier, wo die Sicherheit aller Bürger auf dem Spiel steht? Oder was hat die Stadt Hameln zu vertuschen?

Deshalb fordern wir weiter die Durchführung einer Bürgerversammlung und lassen uns nicht durch nichtssagende Floskeln und Halbwahrheiten abspesen.

Aber nur unser gemeinsamer Druck kann die Stadt Hameln zur Durchführung der Bürgerversammlung zwingen!

Darum kommt möglichst zahlreich zur nächsten Stadtratssitzung. Sie ist öffentlich!

Sprecht Eure Ratsherren und -frauen, Gewerkschaften, Betriebsräte und Schülervertreter an und fordert ihre Unterstützung für die Bürgerversammlung! Der SPD-Ratsherr Morell hat bereits seine Unterstützung zugesagt.

(öffentliche) Stadtratssitzung am Mittwoch

29. April, 18 Uhr, kleine Weserberglandfesthalle

ViSdP: Initiative für eine Bürgerversammlung
Heinz Behmann, Lager Bahn 1a, Hameln